

Mainz, 12.12.2025

An die

Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer

zur Sendung Berlin direkt – Sommerinterview mit Tino Chrupalla vom 10.08.2025

**Programmbeschwerde vom 12.08.2025 zur Sendung Berlin direkt – Sommerinterview
mit Tino Chrupalla vom 10.08.2025**

**hier: Mitteilung über den Ausgang des Beschwerdeverfahrens gem. § 21 Absatz 3
ZDF-Satzung (Beschwerdeordnung)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Fernsehrat der XVII. Amtsperiode hat sich in seiner vergangenen Sitzung am 12.12.2025 mit der Sendung Berlin direkt – Sommerinterview mit Tino Chrupalla vom 10.08.2025 befasst.

Zu dieser Sendung waren zahlreiche Eingaben und Beschwerden beim Fernsehrat eingegangen. Ich habe daraufhin entschieden, das Verfahren für Mehrfachbeschwerden anzuwenden und habe stellvertretend für alle Beschwerdeführer eine Leitbeschwerde ausgewählt.

Nach der Antwort des Intendanten (eine entsprechende Stellungnahme wurde auf der Homepage veröffentlicht) wurde die Befassung des Fernsehrats verlangt.



Nach Beratung in öffentlicher Sitzung hat der Fernsehrat folgenden Beschluss gefasst:

- **Der Fernsehrat weist entsprechend der Empfehlung des Programmausschusses Chefredaktion in seiner Funktion als Beschwerdeausschuss gemäß § 21 Absatz 3 der ZDF-Satzung die Programmbeschwerde vom 12.08.2025 zur Sendung Berlin direkt – Sommerinterview mit Tino Chrupalla vom 10.08.2025 als unbegründet zurück.**
- **Der Fernsehrat hat keinen Verstoß gegen die für das ZDF geltenden Rechtsvorschriften festgestellt.**

Begründung

Das ZDF muss entsprechend seinen staatsvertraglichen Verpflichtungen ein umfassendes Bild der Realität zeigen. Dazu gehört auch die AfD als größte Oppositionspartei im deutschen Bundestag, trotz ihrer Einstufung als rechtsextrem Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz und der derzeit laufenden Überprüfung dieser Einstufung. In diesem Spannungsfeld ist eine kritische journalistische Auseinandersetzung mit den Inhalten der Aussagen des AfD-Co-Vorsitzenden zwingend geboten. Auf entsprechende Fakten-Checks wurde durch eine Einblendung gleich am Beginn der Sendung hingewiesen. Diese waren auch direkt in der Mediathek und in den digitalen Angeboten des Senders auffindbar, sodass kein Zuschauer die Plattform wechseln musste, um parallel zum Live-Interview das vom AfD-Co-Vorsitzenden Gesagte zu prüfen. Moderator Wulf Schmiese benannte die Einstufung der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall klar und hinterfragte die Rolle von AfD-Mitgliedern als Beschäftigten im öffentlichen Dienst ebenso wie die Zahl der Rechtsextremen in der Partei.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerda Hasselfeldt